

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 80 38/39  
Telex: 06 86 848 pbbn d

## Inhalt

Rudolf Dreßler MdB, Vorsitzender des Bundesausschusses für Arbeitnehmerfragen in der SPD, zur heutigen Demonstration gegen die Rechtskoalition: **Schulterschuß mit den Stahlarbeitern.** Seite 1

Peter Reuschenbach MdB, Stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages, kritisiert die Verschiebung der Kohle-Runde: **Treiben lassen ist verantwortungslos.** Seite 2

Horst Sielaff MdB wirft Bundeskanzler Kohl vor, die kalten Krieger in der Union zu tolerieren. Seite 3

Horst Linkohr MdEP fordert eine Modernisierung der Kohlekraftwerke: **Kampf dem Waldsterben.** Seite 4

Willy Brandt MdB, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zum 30. Todestag von Ernst Reuter: **Vom Großen Bürgermeister lernen.** Seite 5

### Dokumentation

Rede von Hans-Jochen Vogel, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag, zum Gedenken an Ernst Reuter. Seite 6

Verlag:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

38. Jahrgang / 187

29. September 1983

### Schulterschuß mit den Stahlarbeitern

SPD-Parlamentarier demonstrierten mit Metallern gegen die Rechtskoalition

Von Rudolf Dreßler MdB

Vorsitzender des Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Bereits wenige Tage nach dem demonstrativen Protest von 30.000 Frauen gegen die unsoziale Politik der Bundesregierung versammelten sich heute wieder 100.000 Stahlarbeiter in Bonn, um auf die Handlungsunfähigkeit der Kohl-Regierung aufmerksam zu machen.

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde die öffentliche Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung unterbrochen, damit die sozialdemokratischen Abgeordneten gemeinsam mit der IG Metall demonstrieren konnten.

Seit Monaten unterstützt die SPD-Fraktion den Forderungskatalog der Stahlarbeiter. Seit Monaten sehen wir die ansteigende Wut der von der Bundesregierung alleingelassenen Arbeitnehmer der Stahlindustrie. Wenn deshalb heute gegen die Rechtskoalition demonstriert wurde, ist es für sozialdemokratische Abgeordnete selbstverständlich, sich an die Seite der IG Metall und der Stahlarbeiter zu stellen.

Wenn diese Bundesregierung nicht durch Argumente zu erreichen ist, sollte sie durch 100.000 demonstrierende Arbeitnehmer nachdenklich werden. Die nächste Wahl kommt bestimmt. (-/29.9.1983/ks/rs)

+ + +

Einzigste Ungeprüfte  
IG Metall-Mitgliedschaft  
Arbeits-Partei



**Treiben-lassen ist verantwortungslos**  
-----

**Zur Verschiebung der Kohlerunde durch die Bundesregierung**

Von Peter Reuschenbach MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages

Es ist ohnehin schon zuviel Zeit ins Land gegangen, bis nun heute die "Kohlerunde" Klarheit ins Dunkel der künftigen Kohle- und Revierpolitik der Bundesregierung bringen sollte.

Die plötzliche Vertagung - welche Gründe auch immer vermutet werden können - trägt zur weiteren Zuspitzung der Verhältnisse bei. Die Unsicherheit in gefährdeten Bergbaustandorten hält an. Die Belegschaften müssen weiter auf verlässliche Zukunftsaussichten warten. Die Bergbauunternehmen hängen mit ihren künftigen Planungen weiter in der Luft.

Es ist höchste Zeit, die Entscheidungen zu treffen.

Ohne neue finanzpolitische Entscheidungen wird der Jahresverlust allein der Ruhrkohle AG Ende 1983 rund 1,2 Milliarden DM betragen und damit das Eigenkapital unter die Hälfte des Grundkapitals absinken.

Das kann nur abgewendet werden, wenn die derzeit für das laufende Jahr vorgesehene Koks-kohlenbeihilfe deutlich erhöht und auch für die nächsten Jahre abhängig vom Weltmarktpreis durchgehalten wird.

Wenn Kohl und Lamsdorff ihre bisherigen Erklärungen ("Keine Wende in der Kohlepolitik") nicht Lügen strafen wollen, muß die Investitionshilfe der nächsten Jahre so angehoben werden, um tatsächlich einen "Bergbau-Entwicklungsplan" finanzieren zu können. Er muß das Ziel haben und erreichen, wirksam Vorbereitungen für den Aufschluß neuer Grubenfelder treffen zu können, die später im Bedarfsfall schnellstmöglich genutzt werden können.

Es ist nötig, eine jetzt fällige und auf einige Jahre angelegte Rücknahme der Förderung um eine Million Tonnen so zu organisieren, daß keine Vollstilllegung stattfindet und kein Mann zum Arbeitsamt geschickt wird. Das heißt:

1. Eine angemessene Zahl von Freischichten - entsprechend den Vorschlägen der IG Bergbau und Energie - muß durch eine Ergänzung des Instrumentariums der Bundesanstalt für Arbeit ermöglicht werden.
2. Die unumgängliche Förderrücknahme muß über alle Anlagen und Reviere, also auch im Saarland, angemessen verteilt werden.

Sollten das Wirtschaftsministerium und Lamsdorff allerdings an dem bis in die letzten Tage geäußerten Ziel, acht bis zehn Millionen Tonnen Förderkapazität stillzulegen, festhalten, dann wird die "Kohlerunde" scheitern. Die daraus folgende Konsequenz, zwei bis drei Zechen stillzulegen, kann weder bei den übrigen Teilnehmern der "Kohlerunde", auf keinen Fall aber bei der SPD-Bundestagsfraktion auf Zustimmung stoßen.

Die allmähliche Erhöhung des Kohleabsatzes kann nicht ohne politische Flankierung bleiben; jedenfalls hängt das Tempo wesentlich davon ab.

Zu dieser Flankierung gehörten vor allem

- o Verstärkung und Fortsetzung der öffentlichen Unterstützung des Ausbaus der Fernwärme;
- o Unterstützung für Kohle im Wärmemarkt durch Zuschüsse zur Heizungsumstellungen;
- o ernsthafte Bemühungen um Begrenzung und Reduzierung von Importkohle.

Das hier skizzierte Paket kann bei gutem Willen der Bundesregierung erreicht werden. Scheitert die Kohlerunde, dann werden die Folgen schwerwiegend sein.

Herr Kohl muß in diesem Falle daran erinnert werden, daß der Sturz von Ludwig Erhard seinerzeit mit "schwarzen Fahnen" auf den Fördertürmen an der Ruhr eingeleitet wurde.

+ + + (-/29.9.1983/ks/rs)

Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



**Kalter Krieger**  
-----

CSU-Politiker Waigel kann die Grenzen von 1937 fordern, ohne daß Kohl widerspricht

Von Horst Sielaff MdB

Widersprüchlichkeiten in der Deutschlandpolitik der CDU/CSU sind tagtäglich erkennbar. Auf ein klärendes Wort des Kanzlers wartet man - wie in vielen anderen Bereichen auch - leider vergeblich.

In der neuen Ausgabe der "Sonde" läßt sich der CSU-Landesgruppenvorsitzende, Waigel, über die "Aspekte der Deutschlandpolitik in der Union" aus. Da wird die DDR nicht nur weiterhin in Gänsefüßchen genannt, sondern auch konkret der "Anspruch auf das gesamte Deutschland" erhoben und erläutert, "daß das Deutsche Reich in den verfassungsgerichtlich festgestellten Grenzen auch heute noch weiterbesteht". Diese Aussage steht in eindeutigen Widerspruch zum Grundlagenvertrag, den die Bundesrepublik Deutschland mit der Deutschen Demokratischen Republik 1972 schloß, und in dem es einleitend heißt:

"Die Hohen Vertragschließenden Seiten eingedenk ihrer Verantwortung für die Erhaltung des Friedens, in dem Streben, einen Beitrag zur Entspannung und Sicherheit in Europa zu leisten, in dem Bewußtsein, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind...".

Die Töne der CSU entsprechen wohl kaum der Einstellung des CDU-Politikers und Regierenden Bürgermeisters von Berlin, von Weizsäcker, wenn er in schwierigen Zeiten durch seinen Besuch "menschliche wie politische Signale geben" will und die Formel "Vertrauen gegen Vertrauen" benutzt.

Die Heckenschützen gegen eine vernünftige, auf dem Grundlagenvertrag basierende Deutschlandpolitik sind offensichtlich nicht zu überzeugen. Im Interesse gutnachbarschaftlicher Beziehungen zwischen Bundesrepublik Deutschland und Deutscher Demokratischer Republik und im Interesse der vielen Deutschen in Ost und West, die auf eine Ausweitung der Begegnungen hoffen, sollte der Bundeskanzler Kohl endlich deutlich machen, daß er - und nicht die kalten Krieger in der Union - für die Deutschlandpolitik die Richtlinien dieser Regierung bestimmt.  
(-/29.9.1983/ks/rs)

+ + +



Kampf dem Waldsterben  
-----

## Die Kohlekraftwerke müssen modernisiert werden

Von Rolf Linkohr MdEP

Sollte es dieses Jahr wieder - wie vom Ministerrat der EG vorgesehen - zu einer Rück-  
erstattung von Haushaltsmittel an Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland  
kommen, so sollten die für den Energiebereich vorgesehenen Mittel in Höhe von 456  
Millionen Europäischer Rechnungseinheiten (1 Rechnungseinheit ist derzeit etwa 2,25 DM)  
ausschließlich zur Modernisierung von Kohlekraftwerken verwendet werden.

In der Haushaltssprache der EG sind die erwähnten Mittel nichtobligatorische Ausgaben.  
Mit anderen Worten, wenn sich die Mehrheit des Parlaments dafür ausspricht, diesem Vor-  
schlag zu folgen, dann können Bundesregierung und britische Regierung nur dann über  
diese Mittel verfügen, wenn sie damit alte Kohlekraftwerke auf einen modernen, das  
heißt umweltfreundlicheren Stand bringen. Innerhalb kürzester Zeit könnte somit der  
Ausstoß von SO<sub>2</sub> aus Kohlekraftwerken wesentlich verringert werden.

Schließlich verfügen die beiden wichtigen Kohleländer der EG, Großbritannien und die  
Bundesrepublik, über die meisten Kohlekraftwerke. Das Waldsterben könnte also wirksam  
bekämpft werden, wenn sich das Parlament zu diesem Beschluß durchringen könnte. Die  
Erfahrung mit der bisherigen Verwendung dieser Mittel lehrt uns, daß man den beiden  
Regierungen gegenüber fest auftreten muß.

Denn verzichtet das Parlament auf eine Festlegung - wie das letzte Mal geschehen, dann  
versickern die 456 Millionen Rechnungseinheiten (255 für Großbritannien, 201 für Deutsch-  
land) in nationalen Haushaltslöchern, ohne daß Schwerpunkte deutlich werden. In der  
Bundesrepublik werden mit den EG-Rückerstattungen zum Beispiel auch die beiden Reaktor-  
linien, Schneller Brüter und Hochtemperaturreaktor mitfinanziert.

Im vergangenen Jahr schon hatte die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament  
auf meine Anregung hin versucht, eine Konzentration dieser Rückerstattung auf Moder-  
nisierungsmaßnahmen für Kohlekraftwerke vorzunehmen. Der entsprechende Antrag erhielt  
aber im Parlament nicht die erforderliche Mehrheit. Dieses Mal hat es aber den An-  
schein, als ob auch die anderen Fraktionen im EP einsehen, daß das europäische Wald-  
sterben schnell und umfassend bekämpft werden muß und daß mein Vorschlag ein  
wirksames Zeichen setzen könnte. Eine Vorentscheidung wird in den nächsten beiden Wo-  
chen im Energieausschuß des EP fallen. Es wäre zu hoffen, daß auch die anderen Frak-  
tionen ihren großen Worten jetzt Taten folgen lassen. (-/29.9.1983/ks/rs)

+ + +



Von Ernst Reuter lernen  
-----

Vor 30 Jahren starb der große Bürgermeister

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Daß erst fünfzig Jahre seit 1933, aber schon dreißig Jahre seit Ernst Reuters Herztod am 29. September 1953 vergangen sind, will mir auf Anhieb nicht einleuchten. Man hatte doch "vor kurzem" noch über wichtige Dinge miteinander gesprochen. Man hat doch die in Berlin übernommene Stafette stets als diejenige betrachtet, mit der er gestartet war ...

Dieser große Nachkriegs-Bürgermeister (der ja vor der Nazizeit auch schon Oberbürgermeister von Magdeburg gewesen war) ist nicht selten als einer dargestellt worden, der Berlin für den Nabel der Welt gehalten und gegen "die Russen" erheblich auf die Pauke gehauen habe. Ihn so abzustempeln, ist Ausdruck unerlaubter Vereinfachung.

Im Übrigen ist wohl jeder gute Bürgermeister geneigt, seine Stadt für noch wichtiger als andere zu halten. Das kann gar nicht anders sein, und er kann sich ja auch darauf verlassen, daß seine Sicht relativiert wird. Im Falle Berlins nach Kriegsende kam allerdings hinzu, daß dort - für andere mit - schicksalhafte Entscheidungen zu fällen waren:

Erstens ging es um das schiere Überleben von immerhin ein paar Millionen Menschen. Zweitens ging es um den eben erst gewonnenen Frieden; er wäre tödlich verletzt gewesen, wenn sich der Westen aus Berlin hätte hinausziehen lassen. Kein Zweifel außerdem, daß eine das ganze Deutschland ins Auge fassende freiheitliche Politik in hohem Maße mit Berlin verbunden sein würde. Daß die hierin liegenden Chancen bei den führenden westlichen Stellen nicht gesehen - oder auch: nicht gewollt - wurden, steht auf einem anderen Blatt. Die im deutschen Westen den Ton angaben, zeichneten sich auch nicht gerade durch gesamtdeutsche Risikofreudigkeit aus. Sie verfolgten miteinander nicht zu vereinbarende Ziele oder verwechselten es mit Politik, wenn sie aus den Stellungsgräben des Kalten Krieges Parolen verbreiteten.

Rix Löwenthal und ich haben in unserer (immerhin schon 1957 erschienenen) Reuter-Biographie im einzelnen dargelegt, daß er bei weitem beweglicher war als viele seiner Zeitgenossen. In den letzten Wochen und Monaten war sein Weg geradezu gepflastert mit Zeichen der Verzweiflung: Keine Offenheit gegenüber der durch Stalins Tod entstandenen Situation. Keine Initiativen, die - über die Montanunion hinaus - europäische Energien freizusetzen geeignet gewesen wären. Schon damals ein Vorherrschen militärischer Erwägungen, wo politischer Einfallsreichtum gefordert war.

Reuter war alles andere als anti-russisch. Er war von unbändiger freiheitlicher Leidenschaft und nicht bereit, sich mit der willkürlichen Teilung Deutschlands und Europas, also mit Jalta abzufinden. Dabei setzte er Hoffnungen auf Faktoren, die er teils überschätzte, teils überforderte.

Wer neu über die europäische (und deutsche) Zukunft nachdenken mag, tut gut daran, sich mit Ratschlägen und Erfahrungen vertraut zu machen, die uns Ernst Reuter hinterlassen hat. Auch seine, unsere Partei kann immer noch von ihm lernen: in Bezug auf die geistigen Grundlagen unseres Handelns, die notwendige Entschlossenheit im Ringen um die Demokratie, die positive Weiterentwicklung und Vermittlung der Inhalte eines freiheitlichen Sozialismus.



DOKUMENTATION

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Hans-Jochen Vogel, hat auf der Gedenkveranstaltung zum 30. Todestag von Ernst Reuter in Berlin am 29. September 1983 folgende Rede gehalten.

Der Sozialdemokrat Ernst Reuter war ein deutscher Patriot

Ernst Reuter, der Mann, dessen wir heute aus Anlaß der 30. Wiederkehr seines Todestages gedenken, hat mehr als jeder andere dazu beigetragen, daß Berlin - genauer gesagt die zwölf westlichen Stadtbezirke Berlins - vom Juni 1948 bis zum Mai 1949 der sowjetischen Blockade widerstanden, daß Berlin damals seine Freiheit behauptet hat. Das ist seine historische Leistung. Eine Leistung, der es die Menschen unserer Stadt nicht zuletzt verdanken, daß sie bis heute in der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung leben können, für die sie sich in freier Selbstbestimmung entschieden haben. Eine Leistung, die darüberhinaus einen entscheidenden Anstoß dafür gab, daß wir als Volk die von der Hitler'schen Gewaltherrschaft verschuldete Isolierung, die auch nach dem Kriegsende zunächst noch andauerte, alsbald überwinden konnten. Daß aus Feinden des Zweiten Weltkriegs zunächst Partner, dann Freunde und Verbündete wurden. Die Luftbrücke, ohne die Berlin die Blockade nicht hätte bestehen können und an die wir uns schon deshalb heute besonders dankbar erinnern, war der sichtbarste Ausdruck dieser Wandlung.

Damit ein Mann solches bewirken kann, müssen viele Faktoren zusammentreffen. Ernst Reuter hat dazu in jungen Jahren einmal geschrieben: "Wir Sozialdemokraten wollen keinen Kult treiben, weder bei den Lebenden noch bei den Toten. Nicht Männer machen die Geschichte, sondern die Geschichte läßt große Männer groß werden."

Aber Ernst Reuter war eben ein großer Mann. Besser gesagt er ist - wie Theodor Heuss am Tage der Beisetzung am Grabe Ernst Reuters formulierte - er ist durch "das großartige Abenteuer seines durch Irrung und Wagnis zur souveränen inneren Freiheit sich bildenden Wesens" zu einem großen Mann geworden, zu einer großen Persönlichkeit, die sich in der Stunde der Bewährung der geschichtlichen Herausforderung gewachsen zeigte.

Wer war dieser Ernst Reuter?

Für manche ist das farbige Bild seines Lebens und seiner Persönlichkeit zu einem engen Ausschnitt verkümmert. Ja fast zu einem Klischee, hinter dem die Vielfalt seiner Lebensstationen und die Vielfalt seiner politischen Gedanken und Überzeugungen ebenso zu verschwinden droht wie die Vielfalt und der Reichtum seines Wesens.

Gewiß: Ernst Reuter - das war der Mann mit der Baskenmütze, der unerschrockene Kämpfer für die Freiheit, der Mann, der Stalin und Ulbricht, der einem militanten Kommunismus erfolgreich die Stirn bot. Der im entscheidenden Augenblick aussprach, was die Menschen in Berlin dachten, fühlten und wollten. Und der ihren Willen verkörperte.

Aber das war nicht der ganze Reuter.

Ernst Reuter - das war auch der Kommunalpolitiker von hohen Graden, dem Berlin die Zusammenfassung vielfach zersplitterter Nahverkehrsaktivitäten in der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) und den Ausbau des U-Bahn-Netzes - übrigens auch die ersten Doppeldeckerbusse - verdankt. Das war der akademische Lehrer, der auf seine Professur stolz war und als Emigrant in der Türkei tausende von Studenten in die Kommunalwissenschaften einführte. Der - das sei angemerkt - sich gerade deshalb darüber wundern würde, was heute türkischen Emigranten in unserem Lande widerfährt; der wohl auch sein Wort dazu sagen würde, wie manche von uns über die Türken, die seit Jahr und Tag unter uns leben, reden und mit ihnen umgehen. Ernst Reuter - das war der gebildete Humanist, der als Bürgermeister in seinen Ansprachen lange Zitate in klassischem Griechisch vortrug und selbst im Krisenjahr 1948 dafür Zeit fand, anläßlich von Goethes 200. Geburtstag ein bemerkenswertes Essay zu schreiben.



Vor allem aber war er ein Sozialdemokrat. Ein Sozialdemokrat, der es mit den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus ernst meinte. Der übrigens erst dann endgültig in der deutschen Sozialdemokratie heimisch wurde, als er den Weg der Kommunisten aufgrund persönlichen Erlebens als Irrweg erkannt hatte.

Das verschweigen viele, die sich heute auf Ernst Reuter berufen um den toten Sozialdemokraten als Kronzeugen gegen seine eigene Partei, gegen die lebenden Sozialdemokraten zu mißbrauchen. Sie verschweigen auch, daß sich Reuter gegen das Schlagwort von der Frontstadt wehrte, weil er Berlin nicht als Stadt an der Front, an der Grenze, sondern als ein Zentrum in der Mitte Deutschlands ansah - und das nicht nur im geographischen Sinne. Sie verschweigen, daß er für eine aktive Ostpolitik eintrat. Daß er eine gesamt-europäische Friedensordnung befürwortete, die ihm nur mit der Sowjetunion, nicht gegen sie erreichbar erschien. Und sie verschweigen auch, daß Reuter ein Gegner der Adenauerschen Politik, einer forcierten Integration der Bundesrepublik in die europäische Verteidigungsgemeinschaft war. In diesem Zusammenhang schrieb er in kritischer Würdigung dieser Politik: "Die Alternative, die uns entgegengestellt wird, ist im Grunde genommen die: Die Zeit sei dafür nicht reif, wir müssen erst bewaffnet sein und dann könnte man verhandeln. Es mag Menschen geben, für die diese simple Überlegung überzeugend klingt. Wenn man ernsthaft über sie nachdenkt, muß man sich darüber im klaren sein, daß es unwahrscheinlich ist, eine größere Verhandlungsbereitschaft der Sowjets erreichen zu können, wenn man Jahre wartet - und diese Vorstellung bedeutet, daß man Jahre warten muß...."

Sätze, die auch heute das Nachdenken lohnen.

Und nicht minder läßt zum Nachdenken ein, was Reuter in einem Interview mit einer amerikanischen Zeitschrift kurz vor seinem Tod sagte. In einem Interview, das mit Recht als sein außenpolitisches Vermächtnis bezeichnet worden ist. Er, der die Sowjetunion kannte wie wenige andere, sagte: "Auf ihrer gegenwärtigen Entwicklungsstufe bedürfen die Sowjets einer langen Friedensperiode nicht weniger dringend als ihre Nachbarn. Sie mögen uns hinhalten und taktisch manövrieren, aber zuletzt werden die Ereignisse sie aus ihrer Reserve herauszwingen, und dann muß der Westen zum Handeln bereit sein. Keiner von uns wird die Alliierten auffordern, die Verteidigung Westeuropas der deutschen Einheit zu opfern, denn dann wären wir alle preisgegeben. Andererseits ist es sinnlos, sich mit dem festen Entschluß an den Verhandlungstisch zu setzen, unvereinbare Wünsche durchzusetzen. Wenn man den Sowjets den Eindruck gibt, daß sie in die Enge getrieben werden, muß man erwarten, daß sie verzweifelte Lösungen suchen."

Nun - der Faden einer aktiven Ostpolitik ist anderthalb Jahrzehnte nach Reuters Tod von Willy Brandt und Helmut Schmidt aufgenommen worden. Diese Politik hat seitdem zu Fortschritten geführt, die selbst Ihre Befürworter ursprünglich nicht für möglich gehalten haben. Und zu diesen Fortschritten rechne ich auch die Begegnung zwischen dem Regierenden Bürgermeister von Berlin und dem Staatsratsvorsitzenden der Deutschen Demokratischen Republik, die vor wenigen Tagen stattgefunden hat. Ernst Reuter wäre es zufrieden. Und er, der wo immer möglich den Konsens gesucht hat, er wäre es auch zufrieden, daß diese Deutschlandpolitik heute von allen Parteien getragen wird, auch von denen, die sie lange abgelehnt, ja bekämpft haben.

So bleibt uns nicht nur die Erinnerung an Ernst Reuter. Es bleibt uns auch sein Vermächtnis. Ein Vermächtnis, das wir erfüllen, wenn wir die Entwicklung hin zu einer europäischen Friedensordnung offenhalten. Wenn wir die Festigkeit, mit der wir für unsere Gesellschaftsordnung, mit der wir für die Grundfreiheiten des Individuums und die rechtsstaatliche Bindung aller Staatsgewalt eintreten, mit dem beharrlichen Streben nach Kommunikation, nach Interessenausgleich und nach Kooperation auch über die Grenzen unserer Gesellschaftsordnung hinweg verknüpfen. Nur so kann auch die Geschichtsgemeinschaft, die Sprach-, Kultur- und Gefühlsgemeinschaft der Deutschen in beiden Staaten gestärkt und in jene Zukunft hinein bewahrt werden, in der diese Gemeinschaft dann auch das Trennende schwinden läßt, das uns heute noch unüberwindlich erscheint. Denn dies Ziel hatte Ernst Reuter nie aus den Augen verloren. Und in diesem Sinne war der Sozialdemokrat Ernst Reuter ein deutscher Patriot. Wir wollen es ihm gleich tun.

(~/29.9.1983/ks/rs)

+ + +

